



## Von der friedlichen Revolution zur Wiedervereinigung

### ◀ Der neue Reichstag.

Foto von 2001.

Von seiner Fertigstellung 1894 bis 1933 diente der Bau als Parlamentsgebäude. Zerstört wurde er durch den Reichstagsbrand im Februar 1933, durch Kampfhandlungen am Ende des Zweiten Weltkriegs sowie durch die Sprengung der Kuppel 1954. Zwischenzeitlich wiederaufgebaut, beschloss der Ältestenrat des Deutschen Bundestages nach der Wiedervereinigung, dass der Reichstagsbau als Sitz des gesamtdeutschen Parlaments genutzt werden solle. Leitendes Prinzip bei der Umgestaltung des Gebäudes war u. a. Transparenz. So ermöglicht die neue gläserne Kuppel die Durchsicht auf den darunter liegenden Plenarsaal. Die Umbauarbeiten waren 1999 abgeschlossen.

■ Die Nutzung und Umgestaltung des Reichstagsgebäudes ist ein Beispiel für „Symbolpolitik“. Weisen Sie dies nach.

In der DDR entsteht eine Opposition	1985	Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) wird in der DDR gegründet.
	7.5.1989	Proteste gegen die Fälschung der Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen
Massenproteste, Massenflucht	Aug.-Okt. 1989	Bürgerrechtler gründen in der DDR das Neue Forum, Demokratie Jetzt, den Demokratischen Aufbruch und die Sozialdemokratische Partei (SDP).
	4.9.1989	Die erste „Montagsdemonstration“ findet in Leipzig statt.
	Sep. 1989	Die ungarische Regierung erlaubt DDR-Bürgern die Ausreise über ihre Grenzen. DDR-Bürger, die sich in die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik in Prag geflüchtet haben, dürfen in den Westen ausreisen.
Das SED-Regime zerfällt	9.10.1989	Etwa 70 000 Menschen demonstrieren in Leipzig für demokratische Reformen. Erstmals greifen die Sicherheitskräfte nicht ein.
	18.10.1989	Honecker wird vom Politbüro zum Rücktritt gezwungen.
	4.11.1989	Über 500 000 Menschen fordern auf dem Berliner Alexanderplatz einen „eigenständigen Weg“ der DDR.
	7.11.1989	Die Regierung der DDR tritt zurück, am Tag darauf folgt der Rücktritt des Politbüros der SED.
Ende der DDR	9.11.1989	Die Grenzübergänge nach West-Berlin und in die Bundesrepublik werden geöffnet.
	Dez. 1989	Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. Bürgerrechtler verhindern die Vernichtung der Stasi-Unterlagen.
	10.2.1990	Gorbatschow stimmt der Schaffung eines deutschen Gesamtstaates zu.
	18.3.1990	Erste freie Wahlen zur DDR-Volkskammer
	März 1990	Die Treuhandanstalt übernimmt ca. 8 000 Volkseigene Betriebe, um sie zu privatisieren oder stillzulegen.
Deutsche Einheit	1.7.1990	Der Erste Staatsvertrag zur deutschen Einheit tritt in Kraft: Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR.
	31.8.1990	Zweiter Staatsvertrag zur deutschen Einheit (Einigungsvertrag). Berlin wird Hauptstadt des künftigen geeinten Deutschland.
	12.9.1990	Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag erhält Deutschland die volle staatliche Souveränität. Die Grenze zu Polen wird als endgültig anerkannt.
	3.10.1990	Mit dem Beitritt der fünf ostdeutschen Länder und Ost-Berlins zur Bundesrepublik ist die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen.
	2.12.1990	Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen

Um die Mitte der 80er-Jahre wandelten sich Friedens- und Umweltinitiativen in der DDR zu einer regimekritischen Bürgerrechtsbewegung. Vorbild waren die Oppositionsbewegungen „Solidarność“ in Polen und „Charta '77“ in der Tschechoslowakei. Die Reformpolitik Gorbatschows in der Sowjetunion ließ auf Veränderungen hoffen.

Im Frühjahr 1989 machten Bürgerrechtler Wahlfälschungen bei DDR-Kommunalwahlen öffentlich bekannt. Im September entstand eine neue Welle von Flüchtlingen aus der DDR, die über die ČSSR und Ungarn in die Bundesrepublik ausreisten. Zur selben Zeit begannen in Leipzig Montagsdemonstrationen. Die Protestbewegung fand immer stärkeren Zulauf. Am 7. Oktober demonstrierten Zehntausende friedlich in Leipzig, ebenso in Ost-Berlin. Die SED-Führung griff nicht ein. Angesichts der anhaltenden Proteste wurde Erich Honecker vom Politbüro entmachtet. Der völlig überraschende Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und die Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik beschleunigten den Machtverfall des DDR-Regimes. Die Führungsspitze der SED trat geschlossen zurück. In Verhandlungen mit den Bürgerrechtlern wurden freie Wahlen für den März 1990 vereinbart. Die „Wende“ war gelungen.

Die „friedliche Revolution“ hat ihren Namen zurecht – denn der Sturz des SED-Regimes wurde ohne Gewalt erreicht. Friedlich waren auch die Ziele. Die mehrheitlich geforderte deutsche Einheit („Wir sind ein Volk!“) durfte nicht gegen den Willen der Nachbarn in Europa durchgesetzt werden. Zugleich drängte die Zeit: Die DDR-Wirtschaft befand sich im freien Fall und die Massenflucht ließ nicht nach. Nur eine rasche deutsche Einheit versprach eine Stabilisierung der Lage.

Die Bundesregierung in Bonn handelte schnell. Bundeskanzler Kohl erhielt von den vier Alliierten das Einverständnis zu einer Wiedervereinigung. Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ schrieb das Recht auf eine staatliche Einheit Deutschlands fest.

Bonn und Ost-Berlin verhandelten über den Zusammenschluss beider Staaten. Nach zwei Staatsverträgen folgte der Beitritt der fünf neu gebildeten ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990. Eine Volksabstimmung über eine neue gesamtdeutsche Verfassung gab es nicht, stattdessen galt das Grundgesetz für ganz Deutschland. Die vereinigte Bundesrepublik blieb Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der NATO.

Während die äußere Einheit in wenigen Monaten hergestellt wurde, dauert die innere Einheit viel länger und erfordert weit mehr Mittel als anfangs vermutet. Die Umstellung auf die Marktwirtschaft war für viele Ostdeutsche ein Schockerlebnis. Das Zusammenleben von West- und Ostdeutschen in einem Staat führte zu vielen Irritationen.

Trotz gewaltiger Transferleistungen gelang erst allmählich die Angleichung der Lebensverhältnisse. Die neue „Berliner Republik“ konnte die Stabilität der alten Bundesrepublik fortsetzen, auch wenn die Aufarbeitung der Teilung viele Mühen bereitete.